



Mitglieder des Europäischen Parlaments
Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
D - 10577 BERLIN

Brüssel, den 23. April 2021

Betreff: Gipfeltreffen des „Berliner Prozesses“ 2021 in Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

wir, die Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Deutschen Bundestages, schreiben Ihnen im Hinblick auf den bevorstehenden Westbalkan-Gipfel des "Berliner Prozesses", der für den Sommer 2021 in Berlin geplant ist.

Wir wenden uns an Sie als Vorsitzende dieser sehr zeitgerechten und wichtigen Konferenz, die das Potenzial hat, zum entscheidenden Moment für die Zukunft des Westbalkans in Europa zu werden. Die Konferenz, die Sie 2014 einberufen haben, bleibt ein Meilenstein; ihre Schlussfolgerungen bleiben in Erinnerung:

Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs trafen sich am 28. August 2014 in Berlin die Regierungschefs, Außen- und Wirtschaftsminister von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien sowie Vertreter der Europäischen Kommission, der künftigen Gastgeberländer Österreich und Frankreichs zur ersten Westbalkan-Konferenz.

Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, um weitere echte Fortschritte im Reformprozess, bei der Lösung offener bilateraler und interner Fragen und bei der Versöhnung innerhalb und zwischen den Gesellschaften in der Region zu erzielen.

Heute, sieben Jahre später, erfordert "echter Fortschritt" ein weiteres starkes Bekenntnis zu den Werten einer wahren europäischen Einheit, die auf Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhen. Das schließt Wahrheit und Gerechtigkeit, ein Ende von Hassrede und von Politikern verbreiteter Desinformation explizit mit ein. Ohne solch ein klares und unmissverständliches Bekenntnis kann keine Versöhnung gelingen. Diese Tatsache muss in der Abschlusserklärung der diesjährigen Konferenz, die Ihre Arbeit sowie die der Europäischen Union, des Europarates und vieler regionaler Initiativen von Staaten und der Zivilgesellschaft in den letzten zwei Jahrzehnten widerspiegelt, festgehalten werden.

Wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterstützen und fördern weiterhin Aktivitäten zur Beendigung der Straflosigkeit und zur Bekämpfung des Verbrechens Völkermord, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen, einschließlich deren Leugnung. Europa und die Europäische Union sind ein Raum mit gemeinsamen Werten; Werten, die mit der Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von Völkermord und Kriegsverbrechen, einschließlich der Verbrechen totalitärer Regime, unvereinbar sind. Die Staaten haben ihre eigene Herangehensweise an dieses Thema, aber im Interesse der Versöhnung muss die Erinnerung an diese Verbrechen eine kollektive Erinnerung sein, die von uns allen geteilt und, wenn möglich, befördert wird. Doch leider sind die Verherrlichung von Kriegsverbrechern sowie die Versuche, an Kriegsverbrechen beteiligte Personen zu rehabilitieren, im öffentlichen und politischen Diskurs alltäglich geworden. Sie untergraben die Rechtsstaatlichkeit und die Bemühungen um Versöhnung. Die Konferenz des Berliner Prozesses sollte Vorschläge unterbreiten, die sich mit der öffentlichen Duldung, der Leugnung oder der groben Verharmlosung des Verbrechens Völkermord, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen, die sich gegen eine Personengruppe richten und durch andere Kriterien als Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft - wie etwa den sozialen Status - definiert sind, befassen.

Wir schätzen Ihr persönliches Engagement für die Belange der Länder des Westbalkans und Ihr ständiges Bemühen, deren europäische Integration und Demokratisierung, ebenso wie die politischen Entscheidungsträger der Westbalkanländer selbst, zu unterstützen. Daher ermutigen wir Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Konferenz und deutsche Bundeskanzlerin, dieses wichtige Engagement und diese Schritte in den Schlussfolgerungen der Konferenz zu bekräftigen. Wir erwarten auch, dass Deutschland innerhalb der EU mit gutem Beispiel vorangeht und die Zusammenarbeit voranbringt, angemessene Mittel für den Wahrheits- und Gerechtigkeitsfindungsprozess und eine Versöhnung unter Ablehnung von Desinformation und Hassrede sicherstellt.

Das Vermächtnis des Berliner Prozesses wird am "tatsächlichen Fortschritt" in diesen für den Frieden in Europa entscheidenden Fragen gemessen werden, basierend auf i) der Notwendigkeit, die Fakten über die Konflikte und ihrer Opfer zu ermitteln; ii) die Instrumente der Übergangsgerichtsbarkeit zu überdenken und mit einem ganzheitlichen Ansatz neu zu beleben; iii) die Jugend zu ermutigen und Möglichkeiten für den Umgang mit dem Erbe der

Vergangenheit aufzuzeigen; iv) und, das ist von besonderer Wichtigkeit, der Hassrede schnellstens ein Ende zu bereiten.

In dieser Hinsicht besteht auch die unmittelbare Notwendigkeit, von der bestehenden Praxis eines einseitigen Geschichtsunterrichts und den spalterischen Narrativen in den Schulen wegzukommen. Dies gilt insbesondere für die Grund- und Sekundarschulbildung. In diesem Zusammenhang sollte an die Standards und Empfehlungen des Europarates zum multiperspektivischen Forschen, Lehren und Lernen in der geschichtlichen Bildung erinnert werden. Die Beteiligung von Ländern des Berliner Prozesses neben mehreren EU-Mitgliedern und anderen Staaten - wie Albanien, Frankreich, die Republik Nordmazedonien, Serbien und Slowenien - an der Beobachtungsstelle des Europarates für den Geschichtsunterricht in Europa, die während der deutschen Europaratspräsidentschaft ihre Arbeit aufgenommen hat, ist ein begrüßenswerter praktischer Schritt der regionalen Zusammenarbeit, den Deutschland durch den Beitritt zum erweiterten Teilabkommen der Beobachtungsstelle unterstützen sollte.

Ohne echtes Engagement auf höchster politischer Ebene in den Ländern des Berliner Prozesses werden auch "echte Fortschritte" nur langsam erzielt werden. Die Regierungen in der Region müssen mit Ihrer Unterstützung und der anderer Regierungen Strategien zur Übergangsgerechtigkeit effektiv unterstützen und fördern und die Maßnahmen durch vereinbarte Aktionspläne koordinieren. Die bestehenden Verpflichtungen, die auf dem Londoner Gipfel des Berliner Prozesses (2018) und anderswo eingegangen wurden, müssen weiterverfolgt und eingehalten werden. Kern der Probleme bleibt der Mangel an politischem Willen in der gesamten Region, echte Anstrengungen zu unternehmen, um die Hinterlassenschaften von Nationalismus und Konflikten zu bekämpfen, von der Instrumentalisierung von Angst und Schuld für kurzfristige politische Erfolge Abstand zu nehmen und einen öffentlichen Raum off- und online zu schaffen, der der umfassenden Wahrheitsfindung zuträglich ist.

Diese Schritte sind wesentliche Elemente im Versöhnungsprozess, reichen aber nicht aus, um bestehende Gräben zu überwinden. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterstreichen wir die Wichtigkeit einer positiven, zukunftsorientierten Agenda, mit einem Fokus auf der Jugend und der Überwindung von generationenübergreifenden Traumata, direkten persönlichen Kontakten und dem Aufbau kultureller Beziehungen. Wir werden uns als Partner der Zivilgesellschaft, der Institutionen, der Regierungen und der internationalen Organisationen bei diesen gemeinsamen Bemühungen engagieren.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

als Vorsitzende der Konferenz im Sommer 2021 haben Sie die einmalige Gelegenheit, Ihre Amtskolleginnen und -kollegen der Länder des Berliner Prozesses zu verpflichten, die notwendigen Schritte zu setzen und ihnen die Überzeugung in Erinnerung zu rufen, dass das Streben nach Frieden auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit und internationaler Zusammenarbeit für den Erhalt einer humanen Gesellschaft und eines Europa ohne Angst unerlässlich ist und bleibt. Eine solche verbindliche Verpflichtung der von Ihnen geleiteten Konferenz kann wiederum dazu beitragen, zu mobilisieren und zu bekräftigen, dass in erster Linie die Opfer der Konflikte und deren Familien, die weiterhin Vermissten und deren

Angehörige, engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie die Zivilgesellschaft als Ganze nicht nur Sie an ihrer Seite haben, sondern dass es in ihren Gesellschaften einen wachsenden und keinen schrumpfenden Raum für eine tragfähige Versöhnung und einen nachhaltigen Frieden gibt, der wiederum Voraussetzung für eine erfolgreiche und dauerhafte europäische Integration und Einheit ist.

Im Vertrauen auf Ihr persönliches Engagement für den Aussöhnungsprozess in Europa und auf dem Westbalkan möchten wir Ihnen mit diesem Schreiben auch unsere Bereitschaft zum weiteren Austausch in dieser Angelegenheit signalisieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Viola von Cramon-Taubadel, MdEP, Die Grünen/EFA

Luise Amtsberg, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Cornelia Ernst, MdEP, Die Linke

Michael Gahler, MdEP, EVP

Gyde Jensen, MdB, FDP

Konstantin Kuhle, MdB, FDP

Michael Link, MdB, FDP

Martina Michels, MdEP, Die Linke

Doris Pack, ehem. MdEP, CDU

Jutta Paulus, MdEP, Die Grünen/EFA

Manuel Sarrazin, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Frithjof Schmidt, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Helmut Scholz, MdEP, Die Linke

Rainer Wieland, MdEP, Vizepräsident des EP, EVP